

Zeitschrift: Der Friede : Monatsschrift für Friedens- und Schiedsgerichtsbewegung

Herausgeber: Schweizerische Friedensgesellschaft

Band: - (1915)

Heft: 6

Artikel: Auszug aus dem Referat des Herrn Gustav Maier an der Generalversammlung der Schweiz. Friedensgesellschaft [...]

Autor: [s.n.]

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-802888>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 16.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zentralkomitee: Dr. Bucher-Heller, Luzern, Präsident; Staatsrat E. Quartier-la-Tente, Neuenburg, Vizepräsident; R. Geering-Christ, Basel, Sekretär; J. Lang, Luzern, Kassier; Gustav Maier, Zürich; Dr.

H. Monnier, Chaux-de-Fonds; Prof. Müller-Hess, Bern; Pfarrer E. Rapin, Lausanne; Pfarrer E. Thomann, Zürich.

Bestand der Schweizerischen Friedensgesellschaft auf 31. Dezember 1914.

Gründung	Sektion	1913	1914	
1903	Aarau	59	58	Pfr. Dr. Fischer
1894	Appenzell	428	397	K. Rüd, z. Bienenhof, Herisau
1895	Basel	722	670	R. Geering-Christ
1892	Bern	100	100	Prof. Müller-Hess
1893	Boudry	160	160	Pfr. A. Blanc
1893	Burgdorf	59	56	Dr. O. Luterbacher
1898	Chaux-de-Fonds	626	626	Dr. H. Monnier
1911	Erstfeld	49	39	Pfr. E. Rippmann
1910	Fleurier	74	80	Eug. Périllard
1893	Genf	1184	1100	Louis Renouf
	Graubünden	400	400	Pfr. Michel, Samaden
1900	Locle	236	226	J. P. Christ
1900	Luzern	540	529	Dr. Bucher-Heller
1889	Neuchâtel	310	269	E. Quartier-la-Tente
1904	Schaffhausen	149	167	Karl Wulp, Feuerthalen
1908	St. Gallen	75	75	Ul. Rüd, Lachen-Vonwil
1898	Waadt	480	310	M. Butticaz
1903	Winterthur	150	180	E. Sommer
1893	Zürich	287	323	Gust. Maier, Stockerstr. 10
		6088	5765	

Kollektivmitglieder: Logen: „Humanitas“, Davos-Platz; „Vérité“, Genf; „Santis“, Herisau; „Espérance“, Lausanne; „Fiat Lux“, Luzern; „Treue und Freundschaft“, Liestal; „Les vrais frères unis“, Locle; „Le

Progrès“, Lausanne; „Licht und Recht“, Olten; „Akazia“, Schaffhausen; „Concordia“, St. Gallen; „Prometheus“, Solothurn; „Alpina“, Thun.

**Auszug aus dem Referat
des Herrn Gustav Maier an der Generalversammlung der
Schweiz. Friedensgesellschaft in Basel am Sonntag den
16. Mai 1915.**

Auf Grund einer Verständigung zwischen den beiden vom Zentralkomitee aufgestellten Referenten, meiner eigenen Person und des Herrn Dr. Monnier, legen wir der Generalversammlung einen Entwurf für die zu fassenden Resolutionen vor. Wir haben uns dabei auf die notwendigsten prinzipiellen Punkte beschränkt.

1. „Vermeidung jeder Annexion oder Gebietsveränderung im Gegensatz zu den Interessen und Wünschen der Bevölkerung. Garantie der Rechtsgleichheit, der religiösen Freiheit und des freien Gebrauches ihrer Sprache für die nationalen Minderheiten.“ — Sie werden vielleicht bei diesem Punkte die Forderung vermissen, die mit Bezug auf die Volksabstimmung von den meisten Seiten, auch von der Denkschrift des Komitees für einen dauerhaften Frieden aufgestellt worden ist. Denn wir halten dieses Verlangen für sehr zweischneidig, weil eine Volksabstimmung einen hohen Bildungsgrad der betreffenden Bevölkerung voraussetzt und weil sehr leicht eine künstlich erhitzte Volksstimmung geschaffen werden kann, die von den wirklichen Interessen nicht beherrscht wird. Die Erfahrungen, die in der Neuzeit mit dem „Plebisit“ gemacht worden sind, sowohl mit Bezug auf die innere Politik Frankreichs in der napoleonischen Aera, als besonders bei der Abtretung von Savoyen und Nizza im Jahre 1860, sind keineswegs ermutigend.

Ganz besonderen Wert legen wir dagegen auf den zweiten Punkt: „Die Schaffung eines ständigen Organs der europäischen Staaten, auf der Grundlage einer gleichmässigen Vertretung aller Staaten Euro-

pas, jedoch ohne Beeinträchtigung ihrer Souveränität, zum Zwecke, die Ordnung, den Frieden und die Sicherheit unseres Erdteils zu befördern.“ — Wir haben von dem Verlangen einer Teilnahme der neutralen Staaten an den Friedensverhandlungen abgesehen, weil dessen Durchsetzung zweifelhaft ist. Wir haben uns ebenso wenig die weitgehenden politischen Zukunftsfordernungen einer „Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa“ und dergleichen zu eigen gemacht, weil deren Erfüllung jedenfalls von der zukünftigen Entwicklung und von der langsamem Wiederannäherung der Völker abhängt. Dagegen sind wir wohl der Meinung, dass ein ständiges Organ sämtlicher europäischer Staaten mit möglichst gleichmässiger Vertretung gebildet werden sollte, in welchem die berufenen Führer sich zur Erörterung der wichtigen gemeinsamen Fragen und zur Vermeidung von Konflikten zusammenfinden sollen. Der Wirkungskreis einer solchen Institution wäre ein sehr umfangreicher: sie hätte sich zu befassen mit der Vermeidung und Schlichtung von *Streitigkeiten* unter den europäischen Staaten, mit der Ausbildung des *Schiedsgerichtsverfahrens* zunächst unter den europäischen Staaten, dann auch auf dem internationalen Gebiet, mit der Fortbildung des *Völkerrechtes* in Frieden und Krieg, mit der Schaffung von Sicherungen für die *Einhaltung des Völkerrechtes* in Frieden und Krieg, mit der Fortbildung des *Seerechtes* hinsichtlich der Bestimmungen über Konterbande, sowie der *Unabhängigkeit des Handels* im Kriegsfalle für die nicht am Kriege beteiligten Staaten, mit den Fragen über die Möglichkeit einer Verminderung der *Rüstungen* zu Lande und zur See und der Vorbereitung etwaiger diesbezüglicher Vereinbarungen, mit den Verhältnissen der *Presse* unter dem Gesichtspunkte einer Herbeiführung gleichartiger Gesetzgebungen gegen in-

ternationale Hetzereien, gegen Käuflichkeit und Bestechung, mit den Mitteln und Wegen, um an die Stelle der bisherigen allgemeinen gegenseitigen Verkennung die gegenseitige *Würdigung der Völker* zu setzen, mit der Anbahnung einer gemeinsamen *äusseren europäischen Politik*, um unserm Erdteil diejenige Bedeutung zu erhalten, die er vermöge seiner historischen und kulturellen Bedeutung beanspruchen kann, mit der Herbeiführung von Vereinbarungen darüber, dass im Kriegsfalle die gemeinsame Kulturstellung Europas nicht in der Meinung und Achtung der niedriger stehenden *Kolonialvölker* herabgesetzt werden kann, mit der Fortbildung der *internationalen Weltorganisationen*, wie sie bereits bestehen, in Handel und Verkehr, Wissenschaft, Kolonialwesen etc., mit der Durchführung des Grundsatzes der *offenen Tür* im Welthandel.

Wahrlich, ein weitgehendes und arbeitsreiches Programm, das in gemeinsamer Arbeit segensreiche Wirkungen herbeiführen kann, ohne die Selbständigkeit und Souveränität der einzelnen Staaten irgendwie zu beschränken.

3. Die Forderungen der *Freiheit der Meere* und der Abschaffung des Kaperrechtes stehen seit Jahrhunderten auf der Tagesordnung einer fortschreitenden Zivilisation. Sie liegen besonders im Interesse der neutralen Staaten und derjenigen Staaten, die auf dem Meere schwach sind oder keine eigene Seemacht besitzen, und die daher, wie die Erfahrung gelehrt hat, in wirtschaftlicher Richtung von der Willkür der kriegsführenden Staaten abhängen.

Von weitergehenden Forderungen politischer Art, wie insbesondere dem *Verbot von Bündnisverträgen* und den Vereinbarungen über die *Rüstungen*, haben wir abgesehen, weil wir der Ansicht sind, dass solche Bestimmungen überhaupt bei dem gegenwärtigen Stande der allgemeinen europäischen Politik noch nicht durchführbar sind und leicht umgangen werden können, dass vielmehr sichere Fortschritte in dieser Beziehung nur auf dem langsamsten Wege der Entwicklung und Verständigung erzielt werden können.

Wenn auch in diesen Gedanken nicht alles enthalten ist, was für die zukünftige friedliche Gestaltung der europäischen Verhältnisse nötig und wünschenswert wäre, so glauben wir doch, dass es von unserm Standpunkte aus in der Gegenwart vernünftig ist, sich auf das *erreichbare Minimum* prinzipieller Forderungen zu beschränken, und wir hoffen, dass Sie in diesem Sinne unsren vorgeschlagenen Resolutionen zustimmen werden.

Pazifistische Rundschau.

Der Eintritt *Italiens* in den Weltkrieg hat daran, dass auch in einem durchaus demokratisch organisierten Staatswesen, wo das Volk selbst durch die von ihm gewählten Vertreter über Krieg und Frieden zu entscheiden hat, es einer Minderheit von Kriegshetzern möglich ist, der Mehrheit ihren Willen, den Krieg, aufzuzwingen. Das gibt zu denken. Namentlich jetzt, wo man als Garantie des Friedens die Demokratisierung fordert. Auch da werden wir uns sagen müssen: es kommt mehr auf den Geist als auf die Form an.

Im übrigen zeigten die Abstimmungsergebnisse im italienischen Parlament eine erfreuliche Anzahl kriegsfeindlicher Stimmen. In der Kammer stimmten bekanntlich 407 Abgeordnete für den Krieg, 74 dagegen, und einer enthielt sich der Stimmabgabe. Vergessen darf man jedoch nicht, dass etwa 90 kriegsgegnerische Deputierte — fehlten. Der Senat nahm die Kriegsvorlage mit 262 gegen 2 Stimmen an. Auch hier wa-

ren 126 Abgeordnete — nicht erschienen. Wohl aus Furcht, sie könnten wegen ihrer kriegsfeindlichen Gesinnung vom Pöbel misshandelt werden.

Tapfer hielten sich die offiziellen Sozialisten, von denen Turati bekanntlich allein in der Kammer die Kriegspolitik der Regierung angriff. Tapfer hielt und hält sich die sozialistische Zeitung „Avanti“. Auch jetzt noch setzt sie den Kampf gegen den Krieg fort, sofern sie nicht von den Behörden unterdrückt werden ist.

Auch die beiden anarchistisch-kommunistischen Gruppen der Stadt Rom, „Sante Caserio“ und „Francesco Ferrer“, beschlossen, grundsätzlich in ihrer prinzipiellen Gegnerschaft gegen jeden Krieg zu verharren. Jedoch fordern sie die Mitglieder auf, sich von den Organisationen des Roten Kreuzes anwerben zu lassen, um damit gegenüber den Schrecken des Krieges ihren Fühlern der Brüderlichkeit und der Zivilisation deutlichen Ausdruck zu verleihen.

Wir wissen ja, dass ganz Süditalien, dass die Landbevölkerung, dass die Arbeiter den Krieg nicht wollten. Und dann ist es auch nicht befremdend, wenn selbst die eingezogenen Reservisten bei der Abfahrt auf den Bahnhöfen kriegsfeindliche Kundgebungen veranstalteten, und noch verständlicher ist, wenn gerade die Frauen die Initiative zu solchen Demonstrationen ergriffen. Begreiflich ist es auch, dass Menschen, die zehn Monate all das Elend und den Jammer, die der Krieg zeitigt, mitansahen, nicht willig sind, nun auf Befehl der Regierung diesen Jammer und dieses Elend auch noch über sich, über ihre Angehörigen, über ihr Volk hereinzu führen. Lieber entzicken sie sich durch Flucht dem Kriegsdienste, lieber bleiben sie drausen im Auslande und nehmen das Odium eines Vaterlandsverräters und die schweren Folgen der Dienstverweigerung auf sich. Mit Weib und Kind flüchteten sich viele über die zum Teil noch verschneiten Pässe in die bündnerischen Bergtäler. Und von überall her, aus Zürich, aus Genf, aus Graubünden usw., kommt die Kunde, die Kriegsbegeisterung der ansässigen Italiener sei klein und deren viele rückten nicht ein. Auch von den italienischen Bergarbeitern im sächsischen Kohlenrevier wird dies berichtet, und aus Arbon wird gemeldet, eine öffentliche Italienerversammlung hätte beschlossen, dem Mobilmachungsbefehl keine Folge zu geben.

So denkt das italienische Volk!

Zwar fahren die Militärbehörden in Italien scharf drein gegen die Kriegsgegner und verhaften diese unter allerhand Vorwänden. Aber der Tag wird einmal kommen, der zeigt, wo die wahren Freunde des Landes standen. Freilich, noch sind wir nicht so weit. Noch werden die Friedensstimmen vom Geschützdonner übertönt. Aber trotz aller behördlichen Unterdrückungsversuche kommt die Sehnsucht nach einem Ende dieser grausen Menschenschlächterei immer wieder zum Durchbruch. In Deutschland, in Frankreich, in Oesterreich, in Russland und in England, wo kürzlich ein regelrechter Antikriegsausschuss gebildet wurde. Und aus Russland kommt die Nachricht, in Uleaborg und Abo hätten die Sozialdemokraten für den Frieden demonstriert. Man liess Kosaken gegen sie reiten und einige hundert Demonstranten niedersäbeln. Die Ehre des Vaterlandes war damit gerettet.

Wie wäre es, wenn die Nobelstiftung *diesen* italienischen, russischen, englischen und anderwährtigen Pazifisten der Tat, die wegen ihrer Gesinnungstreue in Not und Schmach gerieten, die *Friedenspreise* für 1914 und 1915 zukommen liesse? Oder kennt man jemand, der es mehr benötigte und — verdiente?

* * *